

Die Zukunft der Landwirtschaft.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Damit Deutschland mit voller Kraft die Welt wieder aufbauen hilft, muß in Deutschland selbst aufgebaut werden. Das gilt in erster Linie von der Landwirtschaft. Der Krieg hat uns gezeigt, daß ein Staat ohne Landwirtschaft nicht bestehen kann. Es ist nicht ohne Interesse, daß jetzt eine sozialistische Zeitschrift, die „Glocke“, sich mit dem Problem der deutschen Landwirtschaft in einem Artikel, der von dem Herausgeber der Zeitschrift, Parvus, geschrieben ist, beschäftigt. Der Artikel geht von folgenden Gesichtspunkten aus:

Es heißt immer, daß der Bauer im Kriege viel verdient hat, der Bauer schwimmt in Geld. Gewiß, die Zunahme des Einkommens ist unbekämpfbar. Die Einkommensstatistik zeigt in den Jahren 1914 bis 1918 in den Landgemeinden eine Verdopplung des Einkommens der Steuerzahler mit über 3000 Mark Einkommen. Aber es ist eben Papiergeld, der papierne Reichsmark wiegt nicht viel, selbst wenn sie und da Banknoten gebampt sein sollten. Die Ausgaben sind auch gestiegen, und zwar sehr. Es wird vielfach gesagt, der Bauer habe seine Hypotheken abbezahlt. Es wäre lung von ihm, wenn er es genau hätte. Wer die Statistik der Eintragungen und Löschungen der Hypotheken in den ländlichen Bezirken Breubergs spricht eine andere Sprache. Im Jahre 1909 haben diese Hypotheken gegen das Vorjahr um 640 Millionen Mark zugenommen, im Jahre 1910 um 733 Millionen, und so geht es weiter in den folgenden Jahren: 739 Millionen, 730 Millionen, 787 Millionen, 843 Millionen mehr. Im Jahre 1915 tritt in der Tat eine Besserung ein, es sind diesmal nur 52 Millionen mehr, und 1916 verzeichnet sogar 31 Millionen weniger als das Vorjahr — das ist aber auch das einzige Jahr mit einer Abnahme der Hypotheken. Im Jahre 1917 haben wir schon wieder 10 Millionen mehr, 1918 sind es 17 Millionen und 1919 sogar schon wieder 837 Millionen mehr als das Jahr zuvor. Auf die vier glücklichen Jahre 1915 bis 1918 folgt also ein so ungünstiges Jahr, wie seines zuvor war!

Kann dann nur wohl die inzwischen gestiegenen Bodenpreise in Betracht gezogen werden, aber das hat schließlich mit der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft wenig zu tun. Und darüber kann kein Zweifel sein, daß die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft während des Krieges stark heruntergegangen ist. Im Jahre 1913 ließerte der Hesler 19 Doppelzehner Roggen, 1919 bloß 14 Doppelzehner, bei Weizen war das Verhältnis 24 zu 17, bei Kartoffeln 157 zu 99 usw., also allgemein gesprochen: wir erzeugen jetzt nur noch zwei Drittel der Frucht auf derselben Anbaustätte. Der Konsument merkt das an den Preisen, die über die Wettbewerbsfähigkeit natürlich hinausgehen. Das ist klar. Es fehlt vor allem an Düngemitteln, es fehlt vielleicht auch an der intensiven Bearbeitung infolge mangelnden Erfolgs der Maschinen. Der Viehbestand ist stark vermindert worden und mehrfach nur allmählich wieder. Arbeitslöhne, Futtermittel, Dienstleistungen sind sehr gestiegen. Die deutsche Landwirtschaft braucht also Förderung, Kredit, Düngemittel, Maschinen, Ausbau des Genossenschaftswesens usw. Man darf sich von dem Trugbild der großen Profite nicht blenden lassen. Sondern die Verhältnisse des Weltmarktes nicht ungünstig, da die amerikanische und die russische Konkurrenz recht erschwert ist. Die Verteilung der Produkte zwischen Stadt und Land muß durch die Anpassung der Verkehrsmittel erleichtert und verbessert werden; da fehlt noch viel!

Soweit Herr Parvus, der dann allerdings ein an zweifelhaftes Heilmittel in einem gemeinsamen Wirtschaftsplan für das ganze Reich vorschlägt. Jedenfalls ist dem Staat durch eine feste Besteuerung der Landwirtschaft nicht geboten; erst wenn sie wieder mehr Ertrag bringt, wird sie auch mehr leisten können. Man wird gut tun, sich mit diesen Gedanken gerade jetzt zu befassen, da die Erfüllung der Ultimatumsbedingungen gewaltige Ansprüche an das Reich stellt.

Heimatliche Scholle.

Um völlig freie Fleischwirtschaft. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch hat, wie eigentlich vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft anerkannt worden ist, sich sehr viel später abgewendet, als ursprünglich angenommen wurde. Auch bezüglich der Preisbildung ist der Übergang zur freien Wirtschaft nach allgemeinem Urteil über Erwartungen günstig verlaufen. Es dürfte daher durchaus an der Zeit sein,

Gekreuzte Klingen

Roman von Hermann Jensen.

291

(Nachdruck verboten.)

Die geheime Polizei in Barkloje Telo hatte einen arbeitsreichen Tag. Es war am Montag, den 8. April. Der Jar gab Audienz, und eine Menge Menschen waren angemessen.

Von der Bahnhofstation, wo die scharfen Blicke der Polizeiagenten jedes Gesicht musterten, begaben sich die Audienschwukannden nach dem Schloss, und in dem großen Saal, der für diese Gelegenheit als Wartezimmer eingerichtet war, strahlten breite Gold- und Silberketten um die Hälften mit blauen Knöpfen und funkelnden Ordenzeichen. Fast alle Anwesenden trugen Uniform; man sah nur wenige Herren in Civil unter der Schar der Wartenden.

Von und in kleinen Gruppen und unterhielt sich gedämpft. Dann und wann wurde das Gespräch einen Augenblick unterbrochen, wenn ein neuer Anhänger bei seinem Eintritt die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nahm; aber jogleich summten die Stimmen wieder.

Ein junger Lieutenant trat ein. Suchend schweifte sein Blick über die vielen Gesichter, ehe er durch das Zimmer nach einer Fensterseite schritt, wo er Blas nahm, während ihm aller Augen folgten. Der Schwarm stellte sich und schloß sich wieder hinter ihm. Aber niemand grüßte oder rührte das Wort an ihn. Allein stand er da. Diejenigen, die ihn kannten, hatten seinen Namen anderen zugeschrieben, und im Nu wußten alle im ganzen Saal, daß er der Verräter Paul Alegandrowitsch Tschernow war.

Wieder öffneten sich die Flügeltüren, und mit festen Schritten wanderte ein Stafettenbericht sporentrillend durch den Saal. Er begrüßte ein paar ältere Generale, schenkte aber sonst nicht um die übrigen Anwesenden zu bemühen. Ein paar Schritte vor Paul entfernt blieb er stehen und betrachtete ein Gemälde. Er stand da mit ge-

die sogenannten „Sicherungsmaßnahmen“, die seinerzeit für den Übergang getroffen wurden, nunmehr endgültig zu beteiligen, da sie in den Kreisen der Landwirte wie der Fleischer immer noch als lästige Reste der Zwangswirtschaft empfunden werden müssen. Der Reichs-Landbund hat aus diesem Grunde beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beantragt: 1. die Verordnung vom 19. 9. 1920 betr. Übergangsmaßnahmen bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch aufzuheben. Hiermit würde auch der überaus lästige und völlig überflüssige „Schlußschelzengang“ in Fortfall kommen. 2. die Provinzialleistungsstellen sofort aufzuhören. 3. die Preisprüfungsstellen für Vieh und Fleisch gleichfalls aufzuhören, da heute schon wieder Angebot und Nachfrage für die Preisbildung des Fleisches maßgebend sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Rückstattung der Reparationsabgabe.

Bahltreiche Anfragen aus Industrie und Handel zogen, daß in den beteiligten Kreisen noch Zweifel über die Erstattung der Reparationsabgabe bestehen, die in einigen Entente-Ländern von der deutschen Ausfuhr als „Tantenz“ erhoben wird. Mehrfach ist von berufener Stelle in bestimmster Weise zugesagt worden, daß die Beiträge, die in Zukunft von einzelnen Entente-Ländern vom Ausfuhrgegenwert der deutschen Ausfuhr erhoben werden, den Exporten durch das Reich in Papiermark erstatzt werden. Es war nur noch unbestimmt gelassen, zu welchem Zeitpunkt mit der Auszahlung begonnen werden kann. Da es auch in den beteiligten amischen Städten bekannt ist, daß die Ausfuhrstädte diese Geldbeiträge in ihrem Betrieb nicht lange entbehren können, geschieht selbstverständlich alles, um möglichst bald mit der Auszahlung beginnen zu können. Es wird zugesagt, daß dies in allerkürzester Zeit der Fall sein wird.

Die Steuerverlagen im Reichstag.

Die neuen Steuergesetze der Reichsregierung, die als Teil des Reparationsprogramms gedacht sind, werden teilweise dem Reichstag schon in den nächsten Tagen zugetragen, so die Zuckerk- und Süßstoffsteuer, die Brannweinvorlage, die Körperbeschaffungssteuer, die neue Umsatzsteuer.

Deutsch-englische Wirtschaftsgemeinschaft?

Zu den Nachrichten über ein deutsch-englisches Abkommen der Privatindustrie für die Ausbeutung der russischen Bodenschätze gibt das Auswärtige Amt die Auskunft, daß, soweit bekannt, ein solcher Vertrag noch nicht abgeschlossen worden ist. Das Verhandlungen nach dieser Seite schweben, sei aber natürlich.

Landungsverlaubnis für deutsche Seefahrer.

Auf Grund neuerer englischer Regierungsverordnungen dürfen Offiziere und Besatzungen deutscher Schiffe bei längerer Liegezeit in englischen Häfen Landungsverlaubnis erhalten. Diese Anordnungen sind bereits in Anwendung, so hat z. B. die Besatzung des Hamburger Dampfers „Jessica“, welcher kürzlich in London gedockt wurde, täglich von 10 bis 5 Uhr (Kapitän bis 8 Uhr) Landungsverlaubnis bekommen.

Rumänen.

Beitritt zur „kleinen Entente“. Nach Beendigung der Besprechung über alle Fragen, die Rumänien und Südosteuropa interessieren und nach Feststellung des gemeinsamen Interesses beider Länder an der Aufrechterhaltung des Friedens wurde durch die Vertreter Rumäniens und Südosteuropas eine Konvention unterzeichnet. Diese Konvention ist gleich mit der im Vorjahr zwischen Südosteuropa und der Tschechoslowakei abgeschlossenen, durch die beiderseits eine vollkommene Durchführung der Friedensverträge namenslich bezüglich Bulgariens, Deutsch-Ostreichs und Ungarns garantiert wird. Durch die Unterzeichnung ist die rumänisch-südostasiatische Front gegen Ungarn geschlossen.

Berlin. Die durch unzere Entfernungserungen, den Kriegsfall der Überlebenden im Ruhrgebiet und insbesondere durch das Ausscheiden alter Sendungen und Überlebenden immer schwieriger werdende Eisenbahnleitung zwang den Reichsbahnchef, einen 25 Mark für 100 Kilogramm für ungebleichte Zellstoffe von 50 Prozent für gebrechlichen Zellstoff beschlossen. Das entspricht einer Preiserhöhung um etwa 10 Prozent. Diese Erhöhung erstreckt sich auf alle Sorten Zellstoff. Sie gilt zunächst bis 30. September 1921, vorausgesetzt, daß nicht weitere Regelungen notwendig machen.

Die wachsende industrielle Not in England. Die industrielle Krise wird täglich ernster. Augenblicklich werden 3 Millionen Arbeitlose gesucht. Auch die finanzielle Sicherheit der Industrie wächst bedrohlich, weil die Rentenkontrolle nicht mehr verzinst. Bei den Ackerbauern hat die angekündigte Aufhebung der Rentenkontrolle über Getreide und hinaus verborgten Mindestpreise für Brotaufzehrung und Fleisch ohne Erregung und Unzufriedenheit hervorgerufen. Die Regierung erklärt aber, angelehnt an die Stütze der Getreidepreise auf dem Weltmarkt und infolge der bedrängten finanziellen Lage des Landes nicht anders handeln zu können. Die den Bauern arbeitende Lohnherabsetzung hat diese so erfordert, daß einige ihrer Arbeitnehmer entlassen, es sei mit einem Aufstand der Landarbeiter zu rechnen.

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Beitergebnisse.

* Reichsanziger Dr. Wirth beabsichtigt, am 19. Juni die Elektroausstellung in Essen einen Besuch abzustatten.

* Im Reichsausschuß des deutschen Reichstages wurde eine Gesetzesvorlage über den Volksentscheid mit verschiedenen rechtlichen Änderungen angenommen. Eine zweite Gesetzgebung ist demnächst statt.

* Der Reichswirtschaftsrat stimmt der Entsendung von Mitgliedern in den Ausschüssen von Erwerbsgruppen zu.

* Die Errichtung eines Stammtaxi-Steuermonopols durch die drei Rheinländer soll als neue Sammlung für die betreuten Rheinländer sein.

* Der französische Kriegsminister Barthou bestätigte in Paris, daß die Entlassung des Jahrganges 1919 Ende dieses Monats vorgenommen werden soll.

* Mehrere Pariser Blätter erklären, es sei für Deutschland und nicht weniger für Frankreich Zeit an eine Versöhnung zu finden. Wenn Wirth seine Politik durchführen könne, so werden die beiden Völker einander mehr und nähergebracht werden.

* In Manchester sagte Churchill in einer Rede, der europäische Friede könne nur durch die Zusammenarbeit der britannischen, französischen und deutschen Völker gesichert werden.

* Der achtfündige Arbeitsstag ist von der belgischen Regierung mit großer Mehrheit angenommen worden.

Warschau. Sämtliche deutschen Pressevertreter haben beim polnischen Ministerpräsidenten einen schriftlichen Protest gegen die unwürdige Behandlung in der letzten Zeit eingereicht.

Warschau. Im Privatvertrag werden für die polnische Reichsmark bis über 20 Polenmark, für den Frank 110 Polenmark, für den Dollar 1300 Polenmark gezahlt. Die polnische Regierung wird demnächst nicht mehr kleinere Razzien durchführen können, da die Druckosten höher als der Rentenbetrag stehen würden.

Gest. Der nächste Kongress der Union der Gewerkschaften soll im November stattfinden. Der Kongress ist noch nicht bestimmt. Es liegen Einschriften von Warschau, Prag und Wien vor.

London. Churchill erklärte, daß England alles tun müsse, um dem österreichischen Volke eine ehrenvolle Rückzuführung nach nicht gekommen sei.

Stockholm. Das lettische Ministerium ist zurückgetreten.

Volkswirtschaft.

Deutscher Schweiz. Deutschland besteht in seinen Säulen geradezu unerschöpfliche Schweizer Produkte; es bestand aus Schweizer Gütern, die Schweiz herauszuholen. Das Reichsamt für Zoll und Gips z. B. am Südbahnhof Bergedorf findet sich in den großen Salzlagern Norddeutschlands, es zusammen mit einem anderen Säulen ebenfalls in großen Mengen vorliegen. Auch die Steinbrüche enthalten Schweizer Produkte, der sog. Hüttentand, in großen Mengen schweflige Säure und schließlich eine ganze Reihe anderer Schweizerwaren. Alle diese Schweizerprodukte müssen jetzt, wie Dr. Baer in der Zeitschrift „Umwelt“ teilt, mehr oder weniger ungarisch gemacht werden, so daß in der Lage sind, den gesamten Bedarf der chemischen Industrie und der Sprengstoffindustrie durch inländische Produktion zu decken.

Preisrückgang in der Zellstoffindustrie. Der Reichsamt für Zellstofffabrikanten hat in einer dieser Tage in München abgeschloßen Tagung eine sofortige Preiserhöhung um 25 Mark für 100 Kilogramm für ungebleichte Zellstoff und 20 Mark für gebrechlichen Zellstoff beschlossen. Das entspricht einer Preiserhöhung um etwa 10 Prozent. Diese Erhöhung erstreckt sich auf alle Sorten Zellstoff. Sie gilt zunächst bis 30. September 1921, vorausgesetzt, daß andere Regelungen notwendig machen.

Die wachsende industrielle Not in England. Die industrielle Krise wird täglich ernster. Augenblicklich werden 3 Millionen Arbeitlose gesucht. Auch die finanzielle Sicherheit der Industrie wächst bedrohlich, weil die Rentenkontrolle nicht mehr verzinst. Bei den Ackerbauern hat die angekündigte Aufhebung der Rentenkontrolle über Getreide und Fleisch hinaus verborgten Mindestpreise für Brotaufzehrung und Fleisch ohne Erregung und Unzufriedenheit hervorgerufen. Die Regierung erklärt aber, angelehnt an die Stütze der Getreidepreise auf dem Weltmarkt und infolge der bedrängten finanziellen Lage des Landes nicht anders handeln zu können. Die den Bauern arbeitende Lohnherabsetzung hat diese so erfordert, daß einige ihrer Arbeitnehmer entlassen, es sei mit einem Aufstand der Landarbeiter zu rechnen.

Eine Viertelstunde verstrich. Da erschien ein hagerer Offizier und erklärte ihn, ihm zu folgen. Durch einen langen Korridor wurde er an der Wache vorübergeführt, die mit städtischer Verbesserung die zerstörte Uniform und das recht nachlässige Auftreten des jungen Soldaten betrachtete. Endlich blieb Pauls Begleiter vor einer Türe stehen, vor der sich ein Doppelpolster befand. Die Tür wurde geöffnet, und sie traten in ein kleineres Vorzimmer. Ein junger Offizier erhob sich bei ihrem Eintritt.

„Leutnant Tschernow! Wollen Sie einen Augenblick hier warten? Seine Majestät der Zar möchte Sie zu sehen.“

Paul wollte eine Bemerkung über seinen wenig hohen Augenblick machen; aber der andere war bereits verschwunden. Eine Minute später kehrte er wieder.

„Leutnant Tschernow! Wollen Sie einen Augenblick zu sehen.“

Paul wollte eine Bemerkung über seinen wenig hohen Augenblick machen; aber der andere war bereits verschwunden. Eine Minute später kehrte er wieder.

„Leutnant Tschernow! Wollen Sie einen Augenblick zu sehen.“

Paul wollte eine Bemerkung über seinen wenig hohen Augenblick machen; aber der andere war bereits verschwunden. Eine Minute später kehrte er wieder.

„Wortmeldung folgt.“

Die sogenannten „Sicherungsmaßnahmen“, die seinerzeit für den Übergang getroffen wurden, nunmehr endgültig zu beteiligen, da sie in den Kreisen der Landwirte wie der Fleischer immer noch als lästige Reste der Zwangswirtschaft empfunden werden müssen. Der Reichs-Landbund hat aus diesem Grunde beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beantragt: 1. die Verordnung vom 19. 9. 1920 betr. Übergangsmaßnahmen bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch aufzuheben. Hiermit würde auch der überaus lästige und völlig überflüssige „Schlußschelzengang“ in Fortfall kommen. 2. die Provinzialleistungsstellen sofort aufzuhören. 3. die Preisprüfungsstellen für Vieh und Fleisch gleichfalls aufzuhören, da heute schon wieder Angebot und Nachfrage für die Preisbildung des Fleisches maßgebend sind.

Die sogenannten „Sicherungsmaßnahmen“, die seinerzeit für den Übergang getroffen wurden, nunmehr endgültig zu beteiligen, da sie in den Kreisen der Landwirte wie der Fleischer immer noch als lästige Reste der Zwangswirtschaft empfunden werden müssen. Der Reichs-Landbund hat aus diesem Grunde beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beantragt: 1. die Verordnung vom 19. 9. 1920 betr. Übergangsmaßnahmen bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch aufzuheben. Hiermit würde auch der überaus lästige und völlig überflüssige „Schlußschelzengang“ in Fortfall kommen. 2. die Provinzialleistungsstellen sofort aufzuhören. 3. die Preisprüfungsstellen für Vieh und Fleisch gleichfalls aufzuhören, da heute schon wieder Angebot und Nachfrage für die Preisbildung des Fleisches maßgebend sind.

Die sogenannten „Sicherungsmaßnahmen“, die seinerzeit für den Übergang getroffen wurden, nunmehr endgültig zu beteiligen, da sie in den Kreisen der Landwirte wie der Fleischer immer noch als lästige Reste der Zwangswirtschaft empfunden werden müssen. Der Reichs-Landbund hat aus diesem Grunde beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beantragt: 1. die Verordnung vom 19. 9. 1920 betr. Übergangsmaßnahmen bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch aufzuheben. Hiermit würde auch der überaus lästige und völlig überflüssige „Schlußschelzengang“ in Fortfall kommen. 2. die Provinzialleistungsstellen sofort aufzuhören. 3. die Preisprüfungsstellen für Vieh und Fleisch gleichfalls aufzuhören, da heute schon wieder Angebot und Nachfrage für die Preisbildung des Fleisches maßgebend sind.

Die sogenannten „Sicherungsmaßnahmen“, die seinerzeit für den Übergang getroffen wurden, nunmehr endgültig zu beteiligen, da sie in den Kreisen der Landwirte wie der Fleischer immer noch als lästige Reste der Zwangswirtschaft empfunden werden müssen. Der Reichs-Landbund hat aus diesem Grunde beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beantragt: 1. die Verordnung vom 19. 9. 1920 betr. Übergangsmaßnahmen bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch aufzuheben. Hiermit würde auch der überaus lästige und völlig überflüssige „Schlußschelzengang“ in Fortfall kommen. 2. die Provinzialleistungsstellen sofort aufzuhören. 3. die Preisprüfungsstellen für Vieh und Fleisch gleichfalls aufzuhören, da heute schon wieder Angebot und Nachfrage für die Preisbildung des Fleisches maßgebend sind.

Die sogenannten „Sicherungsmaßnahmen“, die seinerzeit für den Übergang getroffen wurden, nunmehr endgültig zu beteiligen, da sie in den Kreisen der Landwirte wie der Fleischer immer noch